

An den Minister
für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Armin Laschet
Horionplatz 1

40213 Düsseldorf

Im Juli 2007

Sehr geehrter Herr Minister Laschet,

mit Herz und Hand, aber vor allen Dingen mit **Verstand** nehmen wir Stellung zu Ihren „10 Fragen und 10 Antworten zum neuen Kinderbildungsgesetz“.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird in zahlreichen kritischen Stellungnahmen kommentiert von Berufsverbänden, kirchlichen Organisationen, Elterninitiativen, ErzieherInnen und anderen Betroffenen. Die Argumente und Forderungen dürften Ihnen hinlänglich bekannt sein.

Nun wenden Sie sich mit einer Hochglanzbroschüre an uns ErzieherInnen, appellieren an unser Verantwortungsbewusstsein und versuchen, gut Wetter für KiBiz zu machen.

Vielen Dank, dass Sie uns die Verantwortung für die Ausgestaltung und Umsetzung Ihrer unzureichenden gesetzlichen Vorgaben aufbürden. Sind wir ErzieherInnen es, die schlechte Arbeit geleistet haben, wenn sich Ihre Zielsetzungen – mehr Förderung, bessere Bildung und mehr Qualität in der Arbeit mit Kindern - nicht erfüllen? Sie bauen auf unser Engagement, aber verweigern uns nicht nur eine ausreichende Finanzierung und bessere Rahmenbedingungen für die immer anspruchsvolleren Aufgaben in unserer Arbeit, sondern stellen gleichzeitig unsere Professionalität und unsere Flexibilität in Frage, indem Sie unsere Kritik an KiBiz auf die Sorge um die Auswirkungen auf unseren Arbeitsplatz reduzieren.

Seit vielen Jahren fördern wir die Bildung der Kinder nach einem eigenständigen Bildungsauftrag, den wir kontinuierlich und nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen weiterentwickelt haben.

Die Ziele, die Sie mit KiBiz verfolgen, sind für uns nicht neu.

Individuelle Bildungsförderung, Bildungsdokumentation, intensive Sprachförderung, Unterstützung und Beratung der Familien in ihrer Erziehungsarbeit und in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind fest in unseren Konzeptionen verankert. Diese Bereiche erfordern heute schon mehr personelle Ressourcen als wir haben. Allein die Bildungsdokumentation bindet viele Arbeitsstunden, die eigentlich für die Arbeit mit dem Kind erforderlich sind.

Der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige, die Ausweitung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten erfordert weitere Fachkräfte, die finanziert werden müssen.

Die Finanzierung unserer Einrichtungen ist in Zukunft nicht mehr gesichert!

Die Finanzierung ist abhängig von Anmeldungen und Buchungszeiten der Eltern, die jährlich sehr variieren können. Wo bleibt da die Planungssicherheit für den Träger? Wird der Personaleinsatz jährlich neu festgelegt, sprich gibt es nur noch Jahres- oder Teilzeitverträge für die MitarbeiterInnen mit wechselnden Stundenzahlen und damit auch wechselnde

Bezugspersonen für die Kinder? Wo bleibt die so wichtige Kontinuität in der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder?

Niedrige Buchungszeiten bedeuten niedrige Kindpauschalen. Ein Erhalt des jetzigen Personalstandes in unseren Einrichtungen ist damit in Frage gestellt, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass Eltern immer die längste Betreuungszeit für ihr Kind buchen.

Eltern bekommen „maßgeschneiderte“ Öffnungszeiten auf Kosten der pädagogischen Arbeit und der Qualität der frühen Bildung ihrer Kinder.

Wo finden wir die neuen Arbeitsplätze, die uns KiBiz verspricht?

Über die Kindpauschalen ist eine bestehende Freistellung der Leitung nicht gesichert. Sie ist abhängig davon, ob der Träger zur Finanzierung bereit und in der Lage ist. Durch reduzierte Leitungsstellen reduziert sich auch jeweils eine Erzieherstelle. Und das im Hinblick auf erweiterte Aufgaben der Tageseinrichtungen (Stichwort Familienzentrum).

Die Möglichkeit, eine 25-stündige Betreuungszeit zu buchen, führt ebenso zum Personalabbau.

Der Ausbau von U-3-Plätzen schafft nicht mehr Arbeitsplätze, sondern erhält lediglich das jetzige Personal in den Einrichtungen.

Eine bedürfnisgerechte Betreuung von unter Dreijährigen benötigt nicht nur mehr Personal, sondern auch Mittel für Umbaumaßnahmen und Sachkosten. Diese Finanzierung wird in Trägerverantwortung abgeschoben und ist damit abhängig von dessen Finanzlage.

Sie versprechen uns für das Jahr 2008 ein Plus von 150 Millionen Euro für die Einrichtungen.

Dieser Betrag gleicht gerade mal den Haushaltskonsolidierungsbeitrag der letzten Jahre aus. Und nun soll aus diesem Budget auch noch die Tagespflege, die zusätzliche Sprachförderung und die zusätzlichen Mittel für den Ausbau der Familienzentren finanziert werden. Wo steht uns mehr Geld für unsere Arbeit zur Verfügung?

Die Trägervielfalt ist nicht gesichert.

KiBiz erfordert einen hohen Verwaltungsaufwand, den viele freie Träger nicht leisten können. Der Trägervielfalt droht damit das Aus!

Eltern werden sich fragen: „Kann ich mir eine Tagesstätte mit gutem Bildungsangebot für mein Kind noch leisten?“

Auf Grund der Festlegung des Elternanteils von 19 % an der Finanzierung werden die Kommunen die Elternbeiträge erhöhen müssen. Eltern mit geringeren Einkommen können sich nur noch eine geringe Buchungszeit und damit weniger „Bildungszeit“ für ihr Kind leisten.

Herr Minister, Sie legen wie wir großen Wert auf eine gute Bildung der Kinder. Mit KiBiz verschlechtern sich jedoch die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit. Die Kinder werden die Verlierer sein!

Wenn der wirtschaftliche Druck auf unsere Einrichtungen zunimmt, während sich gleichzeitig die Anforderungen an die pädagogische Arbeit erhöhen, sind es letztendlich die Kinder, die die verschärften Bedingungen zu spüren bekommen.

Deshalb: Verschwenden Sie Ihre Energie (und unser Geld als Steuerzahler) nicht auf das Auflegen von Rechtfertigungsbroschüren, sondern überarbeiten Sie KiBiz und setzen Sie sich damit wirklich für die Zukunft unserer Kinder ein.

Mit freundlichen Grüßen